

7/2016 28. APRIL

- 2 **Verteilung** Wer viel verdient, erbt am meisten
- 3 **Abgeltungssteuer** Rabatt ohne Rechtfertigung
- 4 **Betriebsräte** Mann vertritt Frau
- 5 **Verteilung** Organisiert gegen Ungleichheit
- Rente** Nicht noch mehr Geld für Riester
- 6 **Arbeitszeit** Länger gearbeitet, weniger geschafft
- Arbeitsmarkt** Gezeichnet fürs Arbeitsleben
- 7 **Beschäftigung** Teilzeit auf dem Vormarsch

WACHSTUM

Zuwanderung stützt die Konjunktur

Dank der robusten Inlandsnachfrage bleibt die deutsche Wirtschaft auch in unsicherem Umfeld auf Wachstumskurs. Die Zuwanderung von Flüchtlingen wirkt wie ein Konjunkturprogramm.

Das Bruttoinlandsprodukt wird hierzulande 2016 und 2017 um jeweils 1,5 Prozent wachsen. Davon geht das IMK in seiner aktuellen Prognose aus. Getragen werde der Aufschwung in erster Linie von der Binnenwirtschaft. Die Wechselwirkung zwischen höheren Löhnen, mehr Konsum und steigender Beschäftigung sei in der Lage, die verminderte Exportdynamik auszugleichen. Ungünstig wirken sich unter anderem das Abflachen des chinesischen Booms, die Sanktionen gegen Russland und die sinkende Nachfrage der erdölexportierenden Länder aus. Die Flüchtlinge beeinflussen dem IMK zufolge das Wirtschaftswachstum positiv.

Die Ökonomen schätzen, dass die Bruttolöhne 2016 um 4,2 Prozent steigen werden. Da außerdem deutliche Rentenerhöhungen anstehen, werden die verfügbaren Einkommen preisbereinigt um 2,2 Prozent zulegen. Die Folge: Bei leicht steigender Sparquote verbleibt ein Plus von 2,0 Prozent bei den Konsumausgaben. Damit bleibe der private Verbrauch die wichtigste Säule des Wirtschaftswachstums, so das IMK. Bei der Beschäftigung, die sich 2015 entgegen den Vorhersagen von Mindestlohn-Kritikern ausgesprochen dynamisch entwickelt hat, dürfte sich der Aufwärtstrend fortsetzen. Das IMK rechnet 2016 mit einem Zuwachs um 470.000 auf 43,5 Millionen Erwerbstätige, 2017 sollen noch einmal knapp 400.000 hinzukommen. Gleichzeitig wird es aufgrund der Zuwanderung aber auch etwa 160.000 Arbeitslose mehr geben.

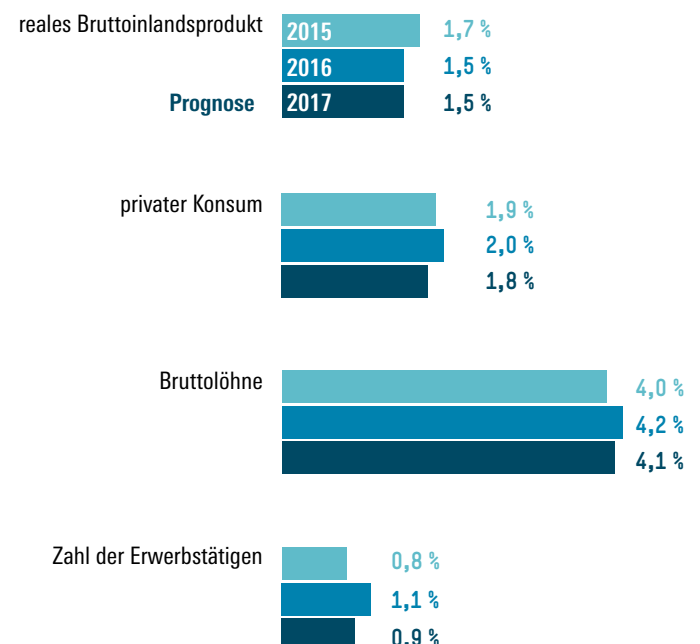
Die Forscher erwarten, dass die Migration „spürbare“ positive Auswirkungen auf die Konjunktur haben wird. In einer Modellsimulation haben sie berechnet, wie sich die Wirtschaft mit und ohne Zuzug von Flüchtlingen entwickeln würde. Die Annahmen: 2016 werden insgesamt 400.000 Menschen Zuflucht in Deutschland suchen, im Folgejahr 200.000. 70 Prozent von ihnen dürfen bleiben, rund drei Viertel befinden sich im erwerbsfähigen Alter, die Erwerbsbeteiligung steigt allmählich von zunächst 45 Prozent, die anfängliche Arbeitslosenquote beträgt 80 Prozent, die Ausgaben für die Integration entsprechen einem Aufschlag von zehn Prozent auf die unmittelbaren Unterbringungs- und Versorgungskosten. Jedem zweiten Flüchtling folgt im Rahmen des Familiennachzugs eine weitere

Person nach Deutschland. Unter diesen Voraussetzungen entstehen dem Staat in den Jahren 2016 und 2017 Mehrausgaben in Höhe von insgesamt 27,4 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Szenario ohne Zuwanderung ist die Wirtschaftsleistung 0,6 Prozent höher. Die Mehrausgaben finanzieren sich zu einem erheblichen Teil selbst: Den Berechnungen zufolge steigt der Anteil der Kosten, die durch Mehreinnahmen gedeckt werden, bis 2017 auf nahezu 50 Prozent. <

Quelle: Gustav Horn u.a.: Deutsche Konjunktur robust in rauem Klima.
Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2016/2017 Download: bit.do/impuls0343

Höhere Löhne, viel Konsum, robustes Wachstum

So entwickeln sich im Vergleich zum Vorjahr ...



Quelle: IMK 2016 Grafik: bit.do/impuls0344 Daten: bit.do/impuls0345

Wer viel verdient, erbt am meisten

Menschen mit hohem Einkommen erhalten besonders oft und besonders viel Geld aus Schenkungen und Erbschaften. So konzentriert sich Reichtum über die Generationen. Steuern auf Vermögen könnten dem entgegenwirken – werden aber kaum erhoben.

Erbschaften und Schenkungen verstärken bestehende Ungleichheit. Das zeigt eine Studie der DIW-Forscher Christian Westermeier und Markus Grabka sowie Anita Tiefensee von der Hertie School of Governance. Der Staat trägt das Seine dazu bei: Nach zwei Jahrzehnten, die in Deutschland vor allem durch Entlastungen für Wohlhabende geprägt waren, wirke die Steuerpolitik „der Kluft zwischen Arm und Reich“ kaum noch entgegen, schreiben die Wissenschaftler.

Wer hat, dem wird gegeben – dieses Muster beobachten die Forscher mit kleinen Unterschieden in allen acht Euroländern, für die aussagekräftige Daten aus der repräsentativen Household Finance and Consumption Survey der europäischen

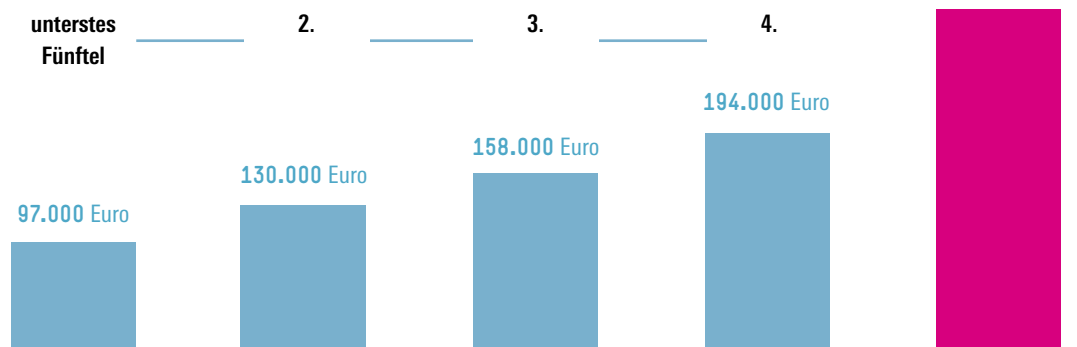
häufig geerbt oder Schenkungen empfangen wie Haushalte aus dem untersten Fünftel. Eine deutsche Besonderheit: Hier erhalten bereits Menschen in der Altersklasse von 35 bis 44 hohe Transfers. Das ist früher als in den meisten anderen Ländern und deutet nach Ansicht der Forscher auf eine besondere Bedeutung von Schenkungen hin.

Hohes Einkommen, höhere Transfers

Westdeutsche Haushalte, die bereits geerbt haben oder beschenkt wurden, erhielten im Durchschnitt 193.000 Euro, zeigen die Berechnungen der Forscher. Mit diesem Wert liegen die Deutschen auf Platz drei – nach Zypern und Österreichern. In

Besserverdiener erben mehr

Von allen Haushalten, die geerbt haben, erhalten je nach Einkommensklasse im Schnitt ...



Erbschaften und Schenkungen in Westdeutschland bis 2010 von außerhalb des Haushalts
Quelle: Westermeier u. a. 2016 Grafik zum Download: bit.do/impuls0346

Hans Böckler
Stiftung

allen untersuchten Ländern ist der Durchschnitt weitaus höher als der Median. Dies weist den Forschern zufolge „auf die hohe Ungleichheit der empfangenen Transfers“ hin. In Westdeutschland heißt das konkret, dass erbende oder beschenkte Haushalte, die zum bestverdienenden Fünftel zählen, im Schnitt 304.000 Euro bekommen haben. Im mittleren Fünftel waren es durchschnittlich 158.000 Euro. Die – relativ wenigen – Empfänger von Erbschaften oder Schenkungen im untersten Fünftel erhielten im Schnitt lediglich 97.000 Euro.

Zentralbanken vorliegen. Neben Deutschland sind dies Belgien, Frankreich, Griechenland, Österreich, Portugal, Spanien und Zypern. Bis zum Untersuchungsjahr 2010 hatten je nach Land zwischen 27 und 40 Prozent der Haushalte mindestens einmal geerbt oder eine Schenkung erhalten. In die Analyse flossen nur Geldtransfers zwischen Haushalten ein. Übertragungen unter Eheleuten oder an Kinder, die noch bei ihren Eltern leben, blieben also außen vor. Daher dürfte das Transfer volumen unterschätzt sein, vor allem in Südeuropa, wo mehr Menschen unter einem Dach leben. Trotzdem ist der Wert aller erfassten Erbschaften und Schenkungen sehr groß. In Westdeutschland – die neuen Länder konnten in die Studie nicht einbezogen werden, weil die Bewertung von Erbschaften aus DDR-Zeiten schwierig ist – entspricht er fast einem Drittel der aktuellen Haushaltsnettovermögen. Dabei zeigt sich eine hohe soziale Ungleichheit.

In Deutschland und Österreich haben Haushalte, die beim Einkommen zu den obersten 20 Prozent zählen, doppelt so

In fast allen untersuchten Ländern setzt die Steuerpolitik der Vermögenspolarisierung beim Übergang auf die nächste Generation wenig bis fast nichts entgegen. So schafften Österreich, Zypern und Portugal die Erbschaftsteuer weitgehend ab. In Deutschland könnten „durch hohe Freibeträge, die sich nach zehn Jahren erneuern“ auch Privatvermögen „fast steuerfrei an die nächste Generation übertragen werden“, so die Forscher. Das komme vor allem Wohlhabenden zugute, ebenso wie die Aussetzung der Vermögenssteuer und Absenkungen bei der Besteuerung von Unternehmen, Kapitalerträgen und hohen Einkommen. Dabei, betonen die Wissenschaftler, ließen sich „mit zusätzlichen Mitteln aus vermögensbezogenen Steuern auch Instrumente finanzieren, die die Chancengleichheit erhöhen“ – beispielsweise ein besseres, durchlässigeres Bildungssystem. <

Quelle: Christian Westermeier, Anita Tiefensee, Markus Grabka: Erbschaften in Europa: Wer viel verdient, bekommt am meisten. DIW-Wochenbericht 17/2016 Download: bit.do/impuls0347

Rabatt ohne Rechtfertigung

Seit 2009 müssen Steuerpflichtige in Deutschland nie mehr als 26,4 Prozent ihrer Kapitaleinkünfte an den Fiskus abgeben. Was seinerzeit als Notwehrmaßnahme gegen Steuerflucht eingeführt wurde, ist heute nicht mehr zeitgemäß.

Das Kapital ist ein scheues Reh, stets auf dem Sprung ins nächste Steuerparadies. Dieser Auffassung war die Einführung der Abgeltungssteuer geschuldet. Kernargument des damaligen Finanzministers Peer Steinbrück: Wenn der geltende Spitzensteuersatz von den Beziehern hoher Dividenden oder Zinseinkünfte ohnehin nicht gezahlt würde, weil deren Depots außerhalb der Reichweite der deutschen Steuerverwaltung lägen, müsse der Staat ihnen ein günstigeres Angebot machen, um überhaupt Steuern auf Kapitalerträge einzunehmen. So werden heute auch für Millionäre nicht mehr als 25 Prozent plus Solidaritätszuschlag – zusammen 26,4 Prozent – fällig.

Schon 2009 war die Einführung der Abgeltungssteuer nicht unumstritten. Aus zwei Gründen erscheint sie heute aber noch

mögen sowie von hohen Einkommen in den meisten EU-Ländern festzustellen“. Allein zwischen 1998 und 2008 sei in der EU der durchschnittliche Spitzensatz der Einkommenssteuer von 46 auf 38 Prozent gesunken. Bis 2014 stieg er wieder auf 40 Prozent. Deutlicher ist der Abwärtstrend bei der Körperschaftssteuer. Kapitalgesellschaften zahlen aktuell im europäischen Schnitt nur 25 Prozent. 1998 waren es noch 34 Prozent.

Hinzu komme eine strukturelle Veränderung vieler Steuersysteme, analysiert die Ökonomin. Der Trend ging zur sogenannten Dualisierung der Einkommensbesteuerung. Das heißt: Arbeitseinkommen werden progressiv besteuert wie bisher, für Kapitaleinkommen gelten hingegen relativ niedrige Pauschalsätze – gleichgültig, ob es sich bei den Beziehern

von Zinsen, Dividenden oder Spekulationsgewinnen um Kleinsparer oder Einkommensmillionäre handelt. Dahinter standen Schratzenstaller zufolge einerseits die Überlegungen von Finanzwissenschaftlern der 1970er- und 1980er-Jahre, die Steuern auf Kapitaleinkommen am liebsten ganz abgeschafft hätten. Andererseits setzte ein verschärfter internationaler Steuerwettbewerb die Staaten unter Druck. Im EU-Durchschnitt fallen heute 22 Prozent Steuern auf Kapitaleinkünfte an, wobei besonders in Osteuropa niedrige Steuersätze dominieren.

Die Zeit ist reif für Umverteilung

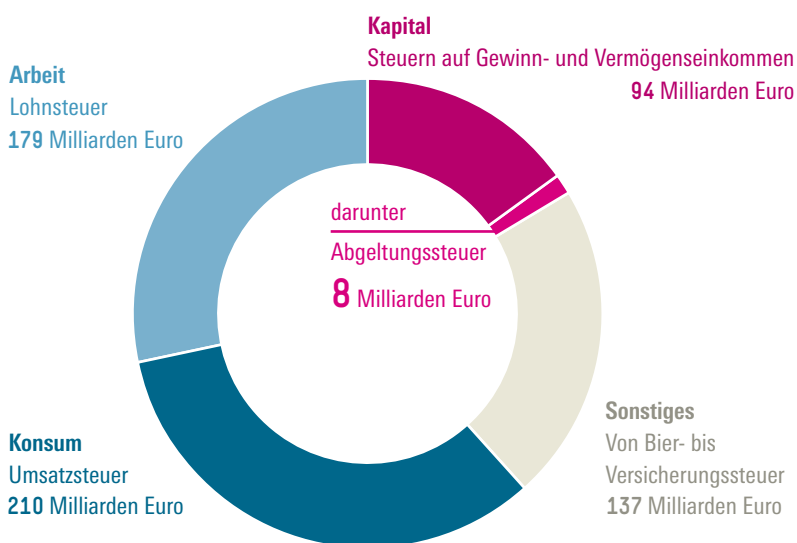
In einer Zeit, in der die wachsende Ungleichheit immer mehr zum ökonomischen und gesellschaftlichen Problem wird, sollte sich die Steuerpolitik nach Auffassung Schratzenstallers wieder der progressiven Umverteilung von Einkommen annehmen. Für Deutschland heißt das: Statt pauschaler Abgeltungssteuer würde für Bezieher hoher Kapitaleinkünfte wieder der an der persönlichen finanziellen Leistungsfähigkeit orientierte Einkommensteuersatz zur Geltung kommen. Bei steigenden Einnahmen könnten im Gegenzug die Mehrwert- und Lohnsteuern sinken, die vor allem von Normal- und Geringverdienern gezahlt werden. Grundsätzlich würde eine höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften dieselben Ziele erfüllen wie eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Ein weiteres Argument für die Abschaffung der Abgeltungssteuer nennt der Wirtschaftsprofessor Manfred Gärtner von der Universität St. Gallen: Wenn die Einführung der Pauschalsteuer eine Notwehrmaßnahme in einer bestimmten historischen Situation war, gebiete es „der politische Anstand“, die Steuer zurückzunehmen, sobald die Notsituation nicht mehr besteht – weil es heute wesentlich schwieriger ist, Steuern auf Kapitaleinkünfte zu hinterziehen, als es 2009 der Fall war. <

Quellen: Margit Schratzenstaller: Gute Gründe für eine substanzielle Kapitalbesteuerung; Manfred Gärtner: Abgeltungssteuer adieu: Eine Frage des Anstands und gut für alle, in: Wirtschaftsdienst 2/2016

Konsum und Arbeit am stärksten besteuert

So viel erhielt der Staat 2015 durch Steuern auf ...



Quelle: BMF 2016 Grafik zum Download: bit.do/impuls0348

Hans Böckler
Stiftung

fragwürdiger als damals, stellt Margit Schratzenstaller vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung fest. Erstens hat sich die internationale Kooperation beim Kampf gegen Steuerhinterziehung in jüngster Zeit substanziell verbessert, etwa durch von der OECD erarbeitete globale Standards zum automatischen Informationsaustausch. Auch wenn – Stichwort Panama Papers – längst nicht alle Lücken geschlossen sind. Zweitens setzt sich in der Wissenschaft die Erkenntnis durch, dass die weltweit zunehmende Ungleichheit der wirtschaftlichen Entwicklung mehr schadet als nützt, wie neuerdings auch in Publikationen von OECD oder IWF zu lesen ist.

Die Steuerexpertin konstatiert, seit Anfang der 1980er-Jahre sei „ein genereller Trend zur steuerlichen Entlastung von Ver-

Mann vertritt Frau

Frauen dürfen bei Betriebsratswahlen nicht benachteiligt werden. Doch da wo viele Frauen arbeiten, gibt es zu wenige weibliche Betriebsräte. Eine Gesetzesänderung könnte die „Vertretungslücke“ schließen.

Der Frauenanteil in Betriebsräten ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Allerdings sind Frauen ausgerechnet in Betrieben, in denen sie die Mehrheit der Belegschaft stellen, nach wie vor unterrepräsentiert, wie Helge Baumann, Wolfram Brehmer, Dietmar Hobler, Christina Klenner und Svenja Pfahl vom WSI und SowiTra herausgefunden haben. Für ihre Analyse haben die Forscher die WSI-Betriebsrätebefragung 2015 ausgewertet. Diese beruht auf einer Umfrage unter mehr als 4.000 Betriebsräten aus verschiedenen Branchen – sie ist die aussagekräftigste Quelle zur Zusammensetzung von Betriebsräten in Deutschland.

Nach den WSI-Daten liegt der Frauenanteil in mitbestimmten Betrieben im Schnitt bei rund 42 Prozent. In den Betriebsratsgremien dieser Firmen sind knapp 39 Prozent aller Mandatsträger weiblich. Verglichen mit vorherigen Amtsperioden sei „eine erheblich bessere Repräsentanz“ erreicht worden, schreiben die Autoren. Auch im Vergleich zur Situation in Aufsichtsräten oder gar Vorständen ist die Gleichstellung in Betriebsräten deutlich weiter. Zu verdanken ist das einer Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes im Jahr 2001. Seitdem heißt es dort: „Das Geschlecht, das in der Belegschaft in der Minderheit ist, muss mindestens entsprechend seinem zahlenmäßigen Verhältnis im Betriebsrat vertreten sein, wenn dieser aus mindestens drei Mitgliedern besteht.“

Je höher der Frauenanteil, desto größer die Lücke

Wo es nur wenige weibliche Beschäftigte gibt, sind Frauen im Betriebsrat laut WSI sogar leicht überrepräsentiert. Bei Betrieben, in denen zwischen 30 und 50 Prozent der Beschäftigten weiblich sind, entsprechen die Frauenanteile im Betriebsrat weitgehend denen in der Belegschaft – so wie es das Gesetz vorsieht. Bei Betrieben, in denen Frauen die Mehrheit der Beschäftigten stellen – wo also der „Minderheitenschutz“ nicht mehr greift – haben sie jedoch häufig vergleichsweise wenige Sitze. „Frauen sind im Betriebsrat eher entsprechend ihres Belegschaftsanteils repräsentiert, wenn sie die Minderheit in der Belegschaft stellen. Anders sieht es aber aus, wenn die Belegschaft weiblich dominiert ist, denn dann sind Frauen im Betriebsrat im Allgemeinen unterrepräsentiert“, erklären die Wissenschaftler. Tendenziell gelte dabei: Je höher der Frauenanteil, desto größer die „Vertretungslücke“.

Auffällig ist auch: Nur in jedem vierten Gremium steht eine Frau an der Spitze. Selbst weiblich dominierte Betriebsräte haben überwiegend männliche Vorsitzende. Außerdem hätten Frauen mit zunehmender Betriebsgröße seltener den Vorsitz inne, so die Forscher.

Eine mögliche Erklärung: Frauen arbeiten häufiger als Männer in Teilzeit. Unabhängig davon, ob diese freiwillig gewählt wird oder nicht, fällt es schwer,

den Aufgaben im Betriebsrat in der ohnehin kürzeren Arbeitszeit gerecht zu werden. Teilzeitbeschäftigte mit privaten Verpflichtungen werden sich daher genau überlegen, ob sie ein Mandat und erst recht den Vorsitz im Betriebsrat übernehmen können. Hier könnten beispielsweise bessere Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder flexible Arbeitszeitmodelle helfen.

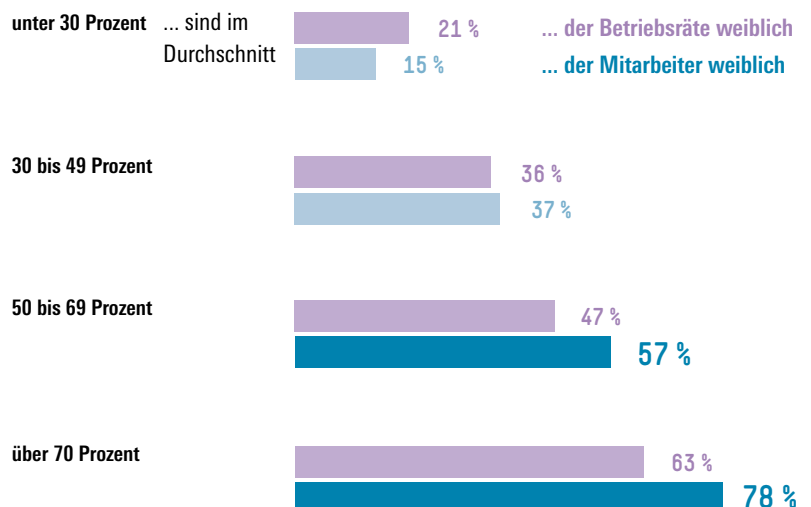
Änderung der Wahlordnung ist nötig

„Die im Betriebsverfassungsgesetz verankerte Mindestregelung für das Minderheitengeschlecht war ein großer Schritt in die richtige Richtung, ist aber noch nicht ausreichend“, schreiben die Wissenschaftler. Sie empfehlen, dass Frauen und Männer genau so im Betriebsrat vertreten sein sollten, wie es ihren Anteilen an der Belegschaft entspricht. „Eine anteilige Repräsentanz beider Geschlechter stellt keine Bevorteilung dar, sondern würde beide Geschlechter – unabhängig davon, ob sie die Mehrheit oder Minderheit in der Belegschaft darstellen –, vor Benachteiligung schützen.“ Dazu wäre neben einer Neufassung der Quotenregelung eine Änderung der Wahlordnung nötig: Das bisherige Verfahren zur Sitzverteilung nach d'Hondt könne in bestimmten Situationen für verzerrte Ergebnisse sorgen, so die Experten. Es sollte ersetzt werden durch eines der beiden anerkannten Verfahren von Hare/Niemeyer oder Sainte-Laguë/Schepers. <

Quelle: Helge Baumann, Wolfram Brehmer, Dietmar Hobler, Christina Klenner, Svenja Pfahl: Frauen in Betriebsräten – zur Umsetzung des Minderheitenschutzes bei Betriebsratswahlen, WSI-Report, im Erscheinen

Im Betrieb in der Mehrheit, im Betriebsrat unterrepräsentiert

In Betrieben mit einem Frauenanteil von ...



Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0349

Hans Böckler
Stiftung

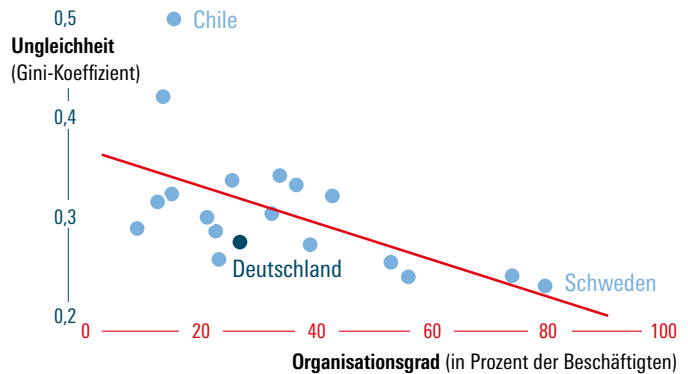
Organisiert gegen Ungleichheit

Starke Gewerkschaften verhindern, dass die Einkommen auseinanderdriften.

Gewerkschaften sorgen dafür, dass auch die Beschäftigten am unteren Rand der Firmenhierarchie anständig bezahlt werden. Dadurch verringern sich die Einkommensunterschiede in der Gesellschaft. Das sehen allerdings nicht alle Ökonomen so. Anhänger vollkommen unregulierter und flexibler Märkte argumentieren: Gewerkschaften heben das Lohnniveau ihrer Mitglieder über den Marktpreis, was zu weniger Beschäftigung führt. Das Ergebnis ist nach dieser Theorie mehr Arbeitslosigkeit – und damit mehr Ungleichheit. Der Wirtschaftswissenschaftler Dierk Herzer, Professor an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg, hat empirisch untersucht, wer recht hat. Sein Ergebnis: „Länder mit geringerem Organisationsgrad tendieren zu höherer Ungleichheit“.

Seine Untersuchung basiert auf Zahlen aus der Datenbank des Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies, die Angaben zur Mitgliederstärke der Gewerkschaften enthält, und der Standardized World Income Inequality Database, die von der Universität Iowa gepflegt wird. Für den Zeitraum von 1986 bis 2010 konnte Herzer mithilfe dieser Quellen den gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Beschäftigten sowie die Ungleichheit der Nettoeinkommen in 20 Ländern rekonstruieren. Darunter sind die meisten westeuropäischen Staaten wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien, aber auch die Türkei, Südkorea oder Kanada. Die größten Einkommensunterschiede weist Chile auf, die geringsten Schweden. Dort

Mehr Gewerkschafter, weniger Ungleichheit



Quelle: Herzer 2016 Grafik: bit.do/impuls0350 Daten: bit.do/impuls0351

Hans Böckler Stiftung

sind mit fast 80 Prozent gleichzeitig die meisten Arbeitnehmer in einer Gewerkschaft. Im Durchschnitt aller Länder zeigen sich während des 25-jährigen Untersuchungszeitraums eine klare Zunahme der Ungleichheit und ein Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades.

Detaillierte statistische Auswertungen machen deutlich, dass zwischen beiden Variablen ein klarer Zusammenhang besteht. In den meisten Ländern gehen rückläufige Mitgliederzahlen der Arbeitnehmerorganisationen und die Zunahme der Ungleichheit Hand in Hand. Dabei ist die Wirkungsrichtung nach der Analyse des Forschers nicht eindeutig: Sind die Gewerkschaften einmal geschwächt, wachsen die Einkommensunterschiede, gleichzeitig gilt aber: Höhere Ungleichheit führt zu einem geringeren Organisationsgrad.

Nicht beobachten ließ sich der geschilderte Zusammenhang in Ländern mit relativ wenig organisierten Beschäftigten wie in Chile, der Türkei, aber auch Frankreich. <

Quelle: Dierk Herzer: Unions and Income Inequality: A Heterogeneous Panel Co-integration and Causality Analysis, in: LABOUR, März 2016 (online)

RENTE

Nicht noch mehr Geld für Riester

In der gegenwärtigen Form kann die Riesterrente die Lücke in der Altersvorsorge nicht schließen. Die Politik sollte den Schwerpunkt auf die gesetzliche Rente legen.

Rund elf Millionen Personen in Deutschland „riestern“. Die Summe der staatlichen Förderung wird auf rund 3,5 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Trotz dieses stattlichen Betrags zieht sich der Staat nach und nach aus der Förderung zurück, zeigt eine Studie des WSI-Forschers Florian Blank. Der Wissenschaftler hält das aber für keinen Nachteil, weil die Riesterrente nie gehalten habe, was sie versprach. Vielmehr sieht Blank die Möglichkeit, die geförderte private Alterssicherung „auszuschleichen“.

Weil die verschiedenen Zulagen nicht automatisch an die Preisentwicklung angepasst werden, gehen die Förderbeträge real zurück. So sank der preisbereinigte Wert der Grundzulage zwischen 2008 und 2015 von 154 auf 142 Euro, die Kinderzulage von 300 Euro war real zuletzt nur noch 277 Euro wert.

Für Neusparer sei damit der Anreiz gesunken, Riesterverträge abzuschließen, so Blank. Wer bereits riestert, bekommt

real betrachtet jedes Jahr weniger vom Staat dazu. Gleichzeitig müssen Sparer, die Wert auf die volle öffentliche Förderung legen, ihren Eigenbeitrag regelmäßig erhöhen.

Im Ergebnis verliert die Riesterrente gerade für Bezieher niedriger Einkommen an Reiz. Es entstehen weitere Vorsorgelücken. Anstatt nun aber mit höheren Zulagen gegenzusteuern, sollte die Chance zu einem Ausstieg genutzt werden, argumentiert Blank. Es sei zu fragen, „ob das Geld nicht sozialpolitisch sinnvoller eingesetzt werden“ kann. Konkret hält er die Rückkehr zu einer starken, gesetzlichen Rentenversicherung für das beste Modell. Nicht zuletzt das Beispiel Österreich zeige die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rente als zentrale Säule der Alterssicherung. <

Quelle: Florian Blank: Einstieg in den Ausstieg? – Die Entwicklung der Förderung der „Riester-Rente“, in: Sozialer Fortschritt 4/2016

Länger gearbeitet, weniger geschafft

Zu lange Arbeitstage schaden nicht nur der Gesundheit, sondern auch der Produktivität.

Wer lange an der Werkbank steht oder im Büro sitzt, schafft auch viel. Diese Einstellung ist weit verbreitet. Dennoch ist fraglich, ob Beschäftigte, die sehr viele Arbeitsstunden leisten, wirklich mehr produzieren. Schließlich nimmt mit zunehmender Erschöpfung das Arbeitstempo ab, die Fehler häufen sich und letztlich fordert die Gesundheit ihren Tribut: Die Zahl der Krankheitstage steigt. Allerdings ist es schwierig, solche Effekte in der Realität nachzuweisen. Die Untersuchungsgruppe müsste nämlich zwei Eigenschaften aufweisen. Erstens sollte es sich um Beschäftigte handeln, deren Arbeitszeiten in einer großen Bandbreite schwanken. Zweitens muss sich der Output je Arbeitnehmer relativ präzise bestimmen lassen.

Auf einen alten, aber gut geeigneten Datensatz ist der Wirtschaftsprofessor John Pencavel von der amerikanischen Universität Stanford gestoßen. Er hat Aufzeichnungen aus britischen Munitionsfabriken im Ersten Weltkrieg neu ausgewertet. Je nach militärischem Bedarf unterlagen die Arbeitszeiten seinerzeit extremen Schwankungen. In Spitzenzeiten stiegen sie auf 60, in Einzelfällen auf 100 Wochenstunden. Phasenweise bekamen die Beschäftigten – mehrheitlich Frauen – nicht ein-

mal sonntags frei. Weil in der Regel Akkordlohn gezahlt wurde, liegen auch präzise Angaben über den Output vor.

Es zeigt sich: Übersteigt die Wochenarbeitszeit bestimmte Werte, nimmt die Produktionsmenge kaum noch oder gar nicht mehr zu. Beispielsweise stellte eine Gruppe von 100 Arbeiterinnen, die Sicherungen montieren mussten, in Wochen mit 60 oder 70 Arbeitsstunden nicht mehr her als in Wochen mit 48 Stunden. Die Sonntagsarbeit war nicht nur überflüssig, sondern am Ende sogar kontraproduktiv. In Wochen ohne freien Tag lag die Produktivität etwa zehn Prozent niedriger als sonst.

Die Grenzwerte, ab denen zusätzliche Arbeit den wirtschaftlichen Ertrag nicht mehr erhöht, dürften von Job zu Job variieren, so Pencavel. Dies sei jedoch kein Grund, das Thema zu ignorieren, wie es heute in der Ökonomie häufig geschehe. Gesetzliche oder tarifliche Arbeitszeitgrenzen sollten nicht als hinderliche Beschränkungen unternehmerischer Gestaltungsspielräume verstanden werden, sondern als „aufgeklärter“ Mechanismus zur Steigerung von Effizienz und Wohlstand. <

Quelle: John Pencavel: The Productivity of Working Hours, in: The Economic Journal, Dezember 2015

ARBEITSMARKT

Gezeichnet fürs Arbeitsleben

Sich unter die Nadel zu legen, verringert die Chancen, einen Job zu finden.

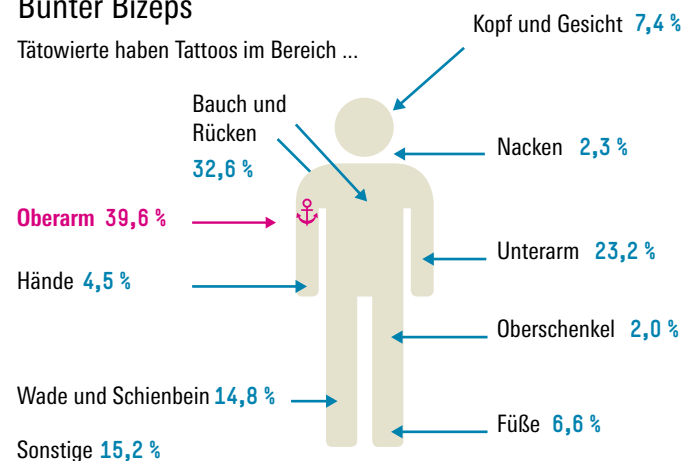
Tätowierungen sind in den vergangenen Jahren zum Mainstream-Phänomen geworden, schreiben Rik Dillingh, Peter Kooreman und Jan Potters. Das heißt aber nicht, dass sie ihren Trägern keine Probleme machen können. Die Ökonomen von der Universität Tilburg haben untersucht, ob sich Tattoos messbar auf den Erfolg am Arbeitsmarkt auswirken. Sie können zum Teil negative Effekte nachweisen.

Die Studie der Wirtschaftswissenschaftler basiert auf Befragungsdaten von mehr als 5.200 Niederländern, die über eine Zufallsstichprobe des Melderegisters ausgewählt wurden. Gut zehn Prozent der Teilnehmer gaben im Mai 2013 an, tätowiert zu sein. 40 Prozent von ihnen haben sich Tattoos am Oberarm stechen lassen, ein Drittel am Rücken oder Bauch. Für gut sichtbare Stellen wie Gesicht, Kopf, Nacken oder Hände haben sich zwölf Prozent entschieden. Als Motive dominieren Texte, Tiere, Herzen, Sterne, Kreuze und keltische oder Stammessymbole. Immerhin sechs Prozent sind der Meinung, dass ihr Hautschmuck auf andere anstößig wirken könnte.

Der Auswertung zufolge nimmt der Anteil der Tätowierten über die Generationen hinweg stetig zu. Im Vergleich zum Rest

Bunter Biceps

Tätowierte haben Tattoos im Bereich ...



Werte addieren sich zu mehr als 100 Prozent – eine Person kann mehrere Tattoos haben Quelle: Dillingh u. a. 2016 Grafik: bit.do/impuls0352

Hans Böckler
Stiftung

der Bevölkerung sind unter ihnen überdurchschnittlich viele Arbeiter, Singles, Kinderlose, Raucher, Übergewichtige, Städter, Geringqualifizierte und Konfessionslose sowie mehr Menschen mit seelischen oder körperlichen Gesundheitsproblemen. Wenn man diesen Besonderheiten statistisch Rechnung trägt, um den Effekt von Tattoos auf die Arbeitsmarktaussichten zu isolieren, zeigt sich: Das Einkommen beeinflussen Tätowierungen nicht. Auf die Wahrscheinlichkeit, überhaupt erwerbstätig zu sein, wirken sie sich dagegen signifikant negativ aus. <

Quelle: Rik Dillingh, Peter Kooreman, Jan Potters: Tattoos, Life Style and the Labor Market, IZA Discussion Paper Nr. 9675, Januar 2016 Download: bit.do/impuls0353

Teilzeit auf dem Vormarsch

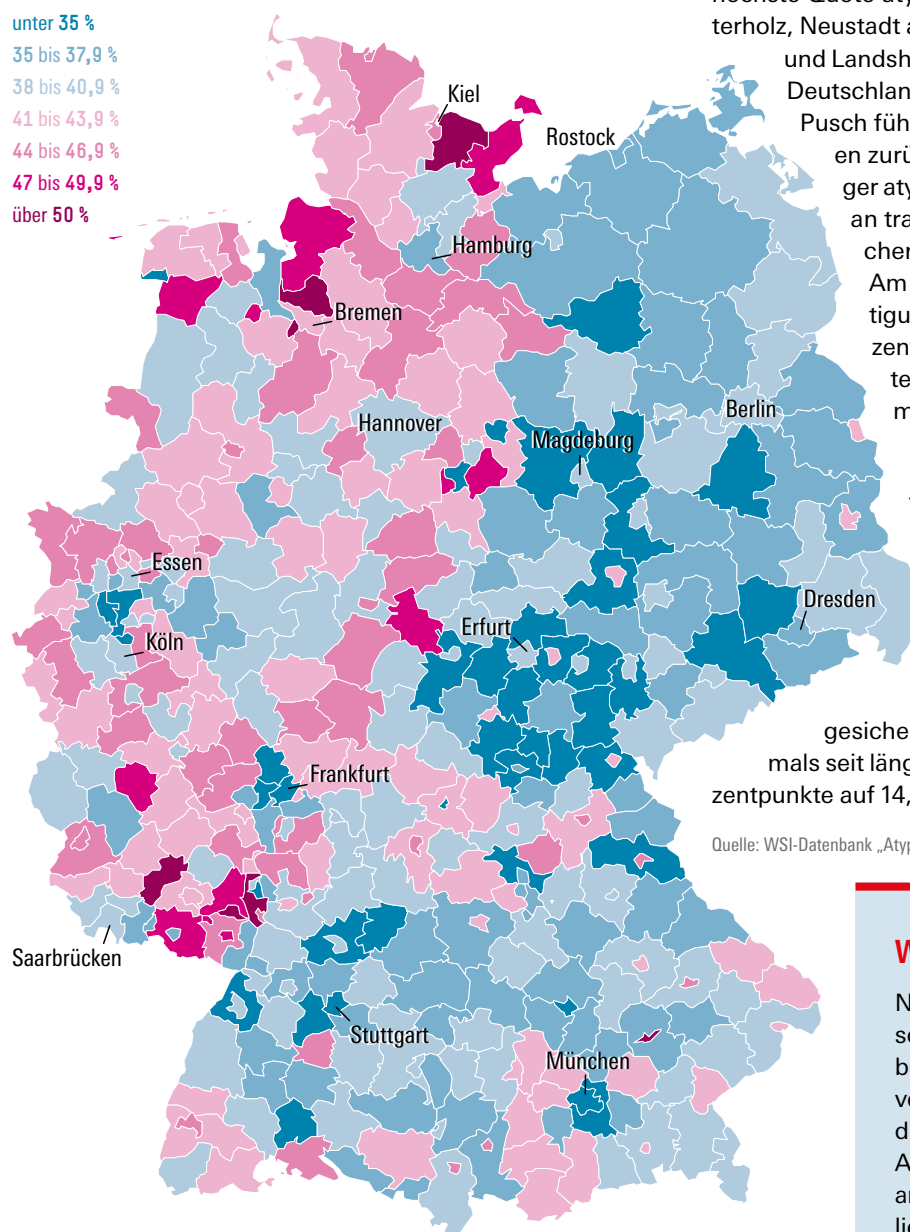
Die atypische Beschäftigung nimmt zu. Das liegt an mehr Teilzeitjobs und Leiharbeit. Die Zahl der Minijobs geht hingegen zurück.

Rund 39 Prozent aller abhängig Beschäftigten in Deutschland waren 2015 in Teilzeit, Leiharbeit oder Minijobs tätig. Zwar stieg auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Vollzeit, noch stärker hat allerdings die atypische Beschäftigung zugenommen. Im Vergleich zum Vorjahr nahm der Anteil der atypischen Jobs um 0,4 Prozentpunkte zu – er befindet sich auf dem höchsten Stand seit 13 Jahren, wie die WSI-Datenbank „Atypische Beschäftigung“ zeigt. „Insbesondere die Zahl der Teilzeit- und Leiharbeiter hat zugenommen“, sagt Toralf Pusch, Arbeitsmarktexperte des WSI.

Mehr Teilzeit, Minijobs und Leiharbeit im Westen

Der Anteil der atypischen Beschäftigung beträgt ...

unter 35 %
35 bis 37,9 %
38 bis 40,9 %
41 bis 43,9 %
44 bis 46,9 %
47 bis 49,9 %
über 50 %



Das WSI wertet für seine Datenbank Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) aus, die als einzige Quelle alle abhängig Beschäftigten regional differenziert registriert. Der vom WSI berechnete Anteil fällt höher aus als die vom Statistischen Bundesamt berichtete Quote. Dies liege an einer umfangreicheren Erfassung von Teilzeitarbeit durch die BA, erklärt Pusch. Außerdem seien Schüler, Studenten und Rentner bei den Zahlen des Statistischen Bundesamtes ausgeklammert.

Am stärksten verbreitet ist atypische Beschäftigung in den westdeutschen Flächenländern: Schleswig-Holstein kommt mit 43,1 Prozent auf den höchsten Wert, gefolgt von Rheinland-Pfalz mit 42,2 und Niedersachsen mit 41,7 Prozent. Auf Stadt- und Kreisebene weist Delmenhorst mit 54,1 Prozent die höchste Quote atypischer Jobs auf. Auch in den Kreisen Osterholz, Neustadt an der Weinstraße, Kusel, Rhein-Pfalz-Kreis und Landshut liegt die Quote über 50 Prozent. Im Osten Deutschlands sind die Werte meist deutlich niedriger.

Pusch führt dies auf andere Erwerbsmuster bei Frauen zurück. Dass Frauen im Westen deutlich häufiger atypisch beschäftigt sind, liege unter anderem an traditionellen Rollenbildern sowie an unzureichenden Möglichkeiten der Kinderbetreuung. Am niedrigsten ist der Anteil atypischer Beschäftigung auf Länderebene in Thüringen mit 36 Prozent. Auf den mit Abstand niedrigsten Wert unter den Städten und Kreisen kommt Wolfsburg mit 23,1 Prozent.

Den WSI-Daten zufolge arbeiten etwa 22,4 Prozent aller abhängig Beschäftigten in Teilzeitjobs. Diese Gruppe macht den größten Anteil der atypischen Beschäftigung aus. Längst nicht jede Teilzeitbeschäftigung sei prekär, betont Pusch. Doch häufig entspreche Teilzeit nicht den eigentlichen Wünschen der Beschäftigten. Der Anteil der besonders schlecht bezahlten und abgesicherten Minijobber im Haupterwerb ging erstmals seit längerem merklich zurück – er sank um 0,7 Prozentpunkte auf 14,4 Prozent an der Gesamtbeschäftigung. <

Quelle: WSI-Datenbank „Atypische Beschäftigung“ Download: bit.do/impuls0354

Was ist Teilzeitarbeit?

Nach der gesetzlichen Definition liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die regelmäßige Wochenarbeitszeit eines Arbeitnehmers kürzer ist als die einer vergleichbaren Vollzeitkraft im selben Betrieb. Nach dieser Definition richten sich die Bundesagentur für Arbeit und auch das WSI. Das Statistische Bundesamt spricht hingegen von Teilzeit, wenn die wöchentliche Arbeitszeit weniger als 21 Stunden beträgt.

IMPRESSUM

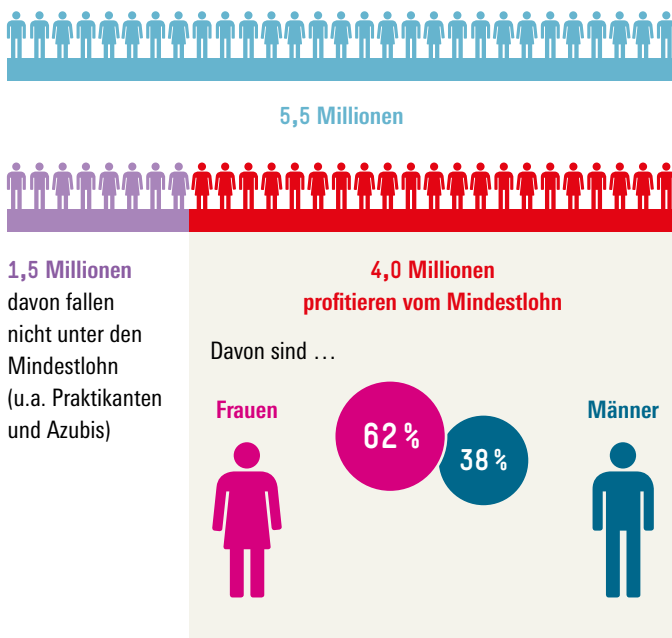
Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: +49 211 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
Redaktion: Philipp Wolter (Leitung), Sabrina Böckmann, Jörg Hackhausen,
Dr. Kai Kühne
redaktion-impuls@boeckler.de
Telefon: +49 211 77 78-631, Telefax: +49 211 77 78-4631
Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei
www.boecklerimpuls.de

EINKOMMEN

Vier Millionen profitieren vom Mindestlohn

Kurz vor Einführung des Mindestlohns gab es in Deutschland 5,5 Millionen Jobs, deren Bezahlung unter 8,50 pro Stunde lag. Davon kamen vier Millionen unter den Schutz des Mindestlohngesetzes – für die restlichen gelten Ausnahmen.

So viele Jobs mit einem niedrigeren Stundenlohn als 8,50 Euro gab es im April 2014 ...



Quelle: Destatis, April 2016 bit.do/impuls0357

KONJUNKTUR

Höhere Löhne entlasten den Staatshaushalt

Aktuell beruht das deutsche Wirtschaftswachstum vor allem auf mehr Konsum dank höherer Löhne. Das führt laut Simulationsrechnungen des IMK dazu, dass sich die Einnahmen von Staat und Sozialkassen deutlich positiver entwickeln, als das bei einer vom Außenhandel getriebenen Konjunktur der Fall wäre. Zwischen 2011 und 2015 hatte der Staat dadurch 41 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. „Das ist sehr positiv, weil die starke Zuwanderung und die daraus folgende Integrationsaufgabe die öffentliche Hand ebenso fordert wie die Notwendigkeit, deutlich mehr zu investieren“, so IMK-Direktor Gustav Horn. Ein weiterer Vorteil: Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss, der wesentlich zur Krise im Euroraum beigetragen hat, fällt geringer aus.

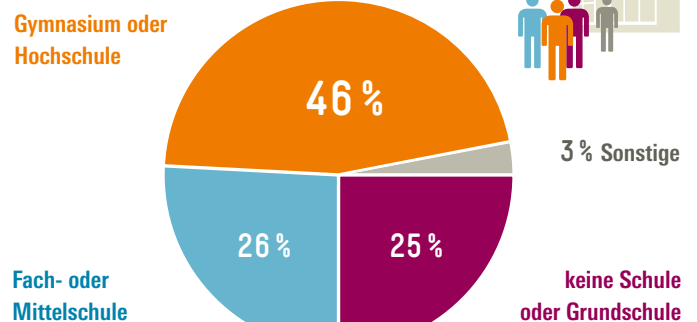
Quelle: IMK, April 2016 bit.do/impuls0343

BILDUNG

Gebildete Flüchtlinge

Junge Flüchtlinge mit guten Aussichten auf Asyl haben häufig eine gute Schulbildung. Laut einer aktuellen Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) könnte gut die Hälfte der 18- bis 24-Jährigen ein Gymnasium oder eine Hochschule besuchen. Sie müssten dabei mit Studienkollegs und vorbereitenden Kursen unterstützt werden.

Von den 18- bis 24-jährigen Flüchtlingen mit Aussicht auf Asyl haben besucht ...

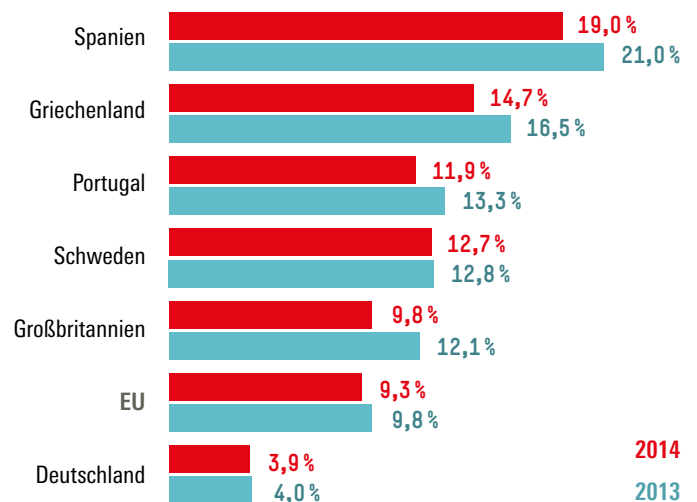


Quelle: IAB, März 2016 bit.do/impuls0358

ARBEITSMARKT

Jugendarbeitslosigkeit geht leicht zurück

Von allen Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren waren erwerbslos gemeldet in ...



Quelle: IAB, März 2016 bit.do/impuls0359